

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 07/52. Jahrgang

Juli 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

DKP zur Bundestagswahl: Interview mit unserem Direktkandidaten

★ *Wie entwickelte sich dein politisches Engagement?*

Schon mit 16 Jahren habe ich mich für den Marxismus begeistert. Er bietet eine gute Erklärung, wie diese Welt funktioniert.

Nur eine andere Welt kann Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit bringen. Dafür bedarf es einer **Revolution. Die herrschende Klasse wird nicht freiwillig auf ihre Herrschaft verzichten.**

Der kalte Krieg ermöglichte Freiräume, in der linke Befreiungsbewegungen existierten. Der Imperialismus war zeitweise in der Defensive und Träume möglich. Unabhängig davon, wie man die Verhältnisse in der UdSSR oder der DDR einschätzte, war vielen Leuten klar, dass die Existenz der UdSSR die Perspektive auf eine Revolution erst möglich machte. Die DDR saß als unsichtbarer Dritter bei jeder Tarifverhandlung dabei.

★ *Du verfolgst große Ziele. Warum versuchst du diese in der "kleinen" DKP zu verwirklichen?*

Schau dir die Umweltdebatte an. Alle Maßnahmen, wie E-Mobilität und Windkraft werden uns als Lösungen für ökologische Probleme genannt. Dabei führen sie nur zur weiteren, intensiveren Ausbeutung des Planeten. Es kann nicht um punktuelle Scheinlösungen gehen oder - wie vor allem die Grünen es vertreten - um eine ökologische Reform des Imperialismus. Es geht



**Henning Mächerle,
52 J., Computertechniker**

um eine andere - eine klassenlose Gesellschaft. **Eine Gesellschaft, die alle Menschen am Reichtum dieser Welt teilhaben lässt.**

Es geht um eine Revolution, darum **alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes Wesen ist**, wie Marx feststellt. Dazu braucht es eine kommunistische Partei.

★ *Angenommen, du kämest in den Bundestag: Was wären deine Schwerpunkte?*

Antimilitarismus und Ökonomie. Der herrschende Imperialismus wird unweigerlich zu immer mehr Kriegen führen. **Um dem Kapitalismus die Basis zu entziehen, muss man die Kapitalisten enteignen.** Alle Produktionsmittel, Fabriken, Maschinen müssen wieder ver-gesellschaftet werden.

★ *Was ließe sich dort erreichen?*

Über die Rolle der Parlamente darf man sich zumindest in Deutschland keine Illusionen machen. Die Arbeit im Parlament kann nur dazu dienen, den Charakter dieses kapitalistischen Ausbeutersystems anzuprangern. Parlamentsarbeit dient dazu, das System durchschaubar zu machen und dadurch **die lohnabhängigen Menschen zu mobilisieren für ihre Interessen gemeinsam zu kämpfen.**

★ *Einige Menschen wählen trotz Sympathien für die DKP lieber Parteien mit besseren Chancen. Was sagst du diesen Menschen?*

Fortsetzung Seite 3

Inhalt

UKGM: Asklepios auf Profitsuche / Was, wenn die Grünen regieren?	S. 2
Kernaussagen der DKP	S. 3
Philosophenstraße / Dannenröder Forst	S. 4
Warum Kommunisten wählen / Schwanenteich	S. 5
Frieden und Krieg / Westliche Werte / Koalitionsvertrag	S. 6
Steht zusammen / Leserbrief	S. 7
50 Jahre Gießener Echo / Termine	S. 8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Uniklinikum: Asklepios auf Profitsuche

Als der Klinikkonzern Asklepios im vorigen Jahr die Rhön-Kliniken AG kaufte, versprach man, die Rhön-Kliniken blieben als selbständige Einheit erhalten und an der Geschäftspolitik würde sich nichts ändern. Allerdings besetzt Asklepios die Führungspositionen nach und nach mit eigenen Leuten. Der frühere Asklepios-Geschäftsführer Hessen avancierte zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Auf den Klinikalltag wirkt sich das aus: Es wird noch profitorientierter gehandelt. Beim Personal und der Patientenversorgung gibt es nicht mehr viel zu sparen, weswegen zusätzliches Geld von zahlungskräftigen Patienten kassiert werden soll. Für 140 € pro Nacht kann man ein Luxuszimmer bekommen, für 110 € eine Wellnessmassage. Mehr Personal dafür gibt es allerdings nicht, stattdessen haben die Physiotherapeuten weniger Zeit für die nicht selbst zahlenden Patienten. Gegen Zuzahlung kann

man besseres Essen bekommen, statt Kartoffeln mit Quark gibt es einen kleinen Salat und einen Becher Rote Grütze dazu.

Die Krankenversorgung bleibt dabei für alle gleich schlecht; die Nachsorge bei Operationen lässt zu wünschen übrig und manche Patientenbetten stehen stundenlang im Flur. Besonders kritisch ist, dass wegen der zusätzlichen Belastung durch die Pandemie die Hygiene leidet, das MRSA-Screening (Untersuchung auf resistente Keime) wurde zurückgefahren – obwohl Deutschland im internationalen Vergleich sowieso bereits schlecht darsteht. Die Ausstattung der Krankenzimmer ist nicht optimal. Stühle und Nachtschränken stehen auf Rollen – ungünstig, wenn ein geschwächter Patient Halt sucht.

Private, auf Gewinn ausgerichtete Kliniken, schaden Patienten und Personal, sie gehören zurück in öffentliche Verantwortung.

Gernot Linhart

Wir fordern:

Corona muss als Gelegenheit genutzt werden, das Gesundheitssystem gesünder zu machen!

Gegen Privatisierung, Personalabbau und Profitmacherei!

Wir wollen:

- massive Personalaufstockung im gesamten Gesundheitssektor
- die Privatisierungen der letzten Jahrzehnte rückgängig machen
- das System der Fallpauschalen fallen lassen, stattdessen soll wieder nach Kostendeckung abgerechnet werden
- die jetzige Finanzierung des Gesundheitssystems durch eine einheitliche Bürgerversicherung für alle ersetzen, die verrückte Zweiklassenmedizin beenden!

Was, wenn die „Grünen“ regieren?

Was man von den Grünen zu erwarten hat, sollten sie im September in die Regierung gewählt werden, kann man bereits in Hessen beobachten. Dort hat die Zusammenarbeit zwischen der grün-schwarzen Landesregierung seit 2014 mit der 2011 gewählten grün-schwarzen Stadtregierung von Frankfurt gezeigt, welche Rolle Umweltschutz und Wirtschaftsinteressen bei der „Umwertpartei“ wirklich spielen. Gehörte bspw. früher der Protest gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens seit dem Bau der Startbahn West aus den 1980er Jahren zum Selbstverständnis der hessischen Grünen, war damit 2011 Schluss. Bei den in diesem Jahr stattfindenden Demonstrationen gegen die Landebahn Nordwest waren die Grünen nicht mehr vor Ort. Als Teil der neuen Regierung setzten sie den Ausbau mit um. Grüne Abgeordnete enthielten sich zu im Vorfeld stattfindenden Abstimmungen. Im Nachgang redeten sie sich damit heraus,

es sei „ein reiner Verwaltungsakt im Bereich des Baurechts“ gewesen: „Wir mussten so entscheiden.“

Den weiteren Ausbau durch den Bau von Terminal 3 und die damit verbundene Rodung von Teilen des Treburer Oberwalds, lehnte Tarek



Al-Wazir auf Landesebene vor der Landtagswahl 2014 zumindest ab. Im Koalitionsvertrag von 2014 findet sich dann allerdings folgende Passage: „...aufgrund des hohen Investitionsvolumens ist eine erneute Bedarfsprüfung erforderlich...“. Auf Nachfrage, wer über

diesen Bedarf entscheide, sagte ein Sprecher des neu gewählten Wirtschafts- und Verkehrsministers Al-Wazir: „Das ist letztlich eine Unternehmensentscheidung.“ Den Vorwurf, er habe hiermit seine grüne Wählerbasis verraten, weist er mit dem Hinweis ab, dass er sein „ganzes politisches Leben gegen den Bau der Autobahn gekämpft“, aber als Minister auch „rechtlich bindende Beschlüsse umzusetzen“ habe. Wenn man die Grünen also in eine Regierung wählt, bekommt man eine Partei, die nichts verändern möchte, sondern die die bestehenden Verhältnisse verwalten und die Entscheidung über Umweltschutz und den Ausbau eines Flughafens einem Unternehmen überlassen will, anstatt dem Willen der Bevölkerung.

Um die Geschichte nicht völlig absurd abzurunden, blieb Al-Wazir dem offiziellen Spatenstich zum Beginn der Bauarbeiten zu Terminal 3 dann doch lieber fern.

Jonas von der SDAJ

Fortsetzung von Seite 1: Interview mit unserem Direktkandidaten Henning Mächerle

Die Leute müssen verstehen, dass es heute nicht mehr in erster Linie um Reformen geht, sondern um eine **grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft**. Wir alle müssen gemeinsam politisch aktiv werden, damit es eine breite Bewegung gibt. Die DKP kann dabei ein Baustein sein.

★ *Warum macht die DKP kein Bündnis mit allen linken Kräften?*

Die Linkspartei ist neben vielen anderen Linken Bündnissen inzwischen sozialdemokratisch. Viele Linke wollen im kapitalistischen System mitspielen. Das ist auch die Funktion von Sozialdemokraten im Kapitalismus. Einzelne Reformen können Verbesserungen für die Leute bringen. Der

zunehmende Konkurrenzkampf, der Zwang nach immer größerem Profit, bei gleichzeitig sinkender Profitrate, verstärkt die Krise des weltweiten Kapitalismus. Die lohnabhängigen Menschen spielen dabei keine Rolle. Selbst ein Weltkrieg scheint nicht mehr nur möglich, sondern immer wahrscheinlicher. Der Kapitalismus ist ein Nullsummenspiel: der Gewinn des einen, ist der Verlust des anderen. Noch lebt der deutsche Imperialismus auf Kosten der anderen Länder, vor allem in der EU. Aber auch diese Situation wird nicht ewig dauern und schon heute sind auch beim Exportweltmeister $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung abgehängt. **Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer.**

Die DKP ist die einzige Partei, die erkennt, dass nur eine System-

änderung – eine Revolution – die Welt verändern und verbessern kann. Es geht nicht um ein Stück vom Kuchen. Es geht um die ganze Bäckerei.

(Interview mit dem Red.kollektiv)



Kernaussagen der DKP zu den Bundestagswahlen 2021 (I/III)



Gegen die Macht der Banken und Konzerne - Für die Interessen der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land

Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Werktätigen - Die Reichen sollen zahlen



**Weitere Informationen:
www.dkp.de/wahlen**

- Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz; für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Schluss mit der Privatisierung; für die Überführung der gesamten Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum
- Keine Subventionen für Konzernkassen und Aktionäre - Vergesellschaftung ist die Alternative
- Für die bedarfsgerechte Pflege und mehr Personal im Gesundheitswesen; weg mit den Fallpauschalen
- Für mehr Lehrerinnen, Lehrer und Sozialarbeiter; für kleinere Klassen - weg mit dem selektiven Schulsystem
- Weg mit dem Hartz-IV-System; für eine Rente, die ein Alter in Würde garantiert
- Verbot von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung; Verbot von Werkverträgen, wenn sie der Aushöhlung von Normalarbeitsverträgen dienen
- Für die Millionärssteuer

K(r)ampf um die Philosophenstraße

Schon vor Jahrzehnten sollte die Philosophenstraße für den Durchgangsverkehr gesperrt werden. Die CDU schlug vor, das Teilstück in Wieseck zur gepflasterten Spielstraße zu machen. Nun keimt die Idee neu auf. Ausgelöst wurde dies durch die Debatte um einen Radweg neben der Straße, der vor allem den Autofahrenden nützen würde, die dann freiere Fahrt hätten. Leidtragende wäre jedoch das Natur- und Naherholungsgebiet. Daher forderten viele, die Philosophenstraße für Autos zu sperren und zur Fahrradstraße zu machen.

Um dem Nachdruck zu verleihen, wollten sie am 19. und 20. Juni für diese Idee demonstrieren – auf der Philosophenstraße. Doch das

Ordnungsamt, eine Abteilung im Zuständigkeitsbereich des seine letzten Tage im Amt verbringenden CDU-Bürgermeisters Neidel, verbot die Nutzung der Straße. Ergebnis: Ein bizarrer Rechtsstreit und einige kreative Aktionen, die im Verlauf des Samstagabend zur Vollsperrung der Straße führten, was jedoch von der Polizei ausging.

Die Versammlung verlief bunt und anregend. Sie zeigte, was auf einer autofreien Straße passieren könnte: Musik, Redebeiträge, Infostände, Lesungen, Kinderspiel und zum Abschluss ein Film. Am zweiten Tag war der Straßenverlauf in der Wieseckkaue gesperrt. Viele Infostände, Mitmachaktionen, Ausprobieren von Spezialrädern, Müllsammeln, naturkundliche Exkursionen,

Fahrradcodieraktionen und mehr wechselten sich dort ab. Die Sperrwirkung der Straße, die den Fahrradweg „R7“ in zwei Teile trennt, war aufgehoben – und viele dort entlangkommende Radler*innen verweilten in der schönen Atmosphäre des Straßenfestes. Der Tag endete mit einer Raddemo durch die Straßen von Wieseck, vorbei an Kindergärten, Schulen und anderen Einrichtungen, die dringend einer gefahrlosen Erreichbarkeit zu Fuß, mit Fahrrad und mit Bussen bedürfen. Die nun entstandene Initiative für eine Verkehrswende in Wieseck lädt zur Mitarbeit ein.

Kontakt: marie_esefeld@web.de



Dannenröder Forst: Schwarz/Grün schlägt zu

Die schwarz/grüne Landesregierung macht ernst. 123 Besetzer des Waldes, die von der Polizei identifiziert werden konnten, sollen finanziell ruiniert werden. Sie bekommen hohe Rechnungen, mit denen das Land die Kosten für den Masseneinsatz von Polizeikräften und die Anmietung von Räumungs- und Hebezeugen auf die Aktivisten abwälzen will. 30 Millionen Euro wurden angeblich ausgegeben, um die Interessen der Auto- und Bauindustrie durchzusetzen. Nach Eingang des Kostenbescheids haben die Betroffenen vier Wochen Zeit,

Einspruch zu erheben. Einsprüche haben wahrscheinlich jedoch langwierige Prozesse zur Folge, die weitere Kosten verursachen.

Bei vielen Festgenommenen konnte die Polizei keine Fingerabdrücke nehmen und die Identität nicht klären. Die Fingerkuppen waren verklebt oder zerschnitten. Daraus soll jetzt ein neuer Tatbestand konstruiert werden, der allein schon zu Festnahme und Haft führen kann. Das alles soll davor abschrecken, gegen umwelt- und klimaschädliche Maßnahmen zu protestieren.

Wer gegen Abholzung von Wäldern, Versiegelung von Landschaften und ähnliche Untaten der Herrschenden protestiert, handelt allerdings im Geist des jüngsten Urteils des Verfassungsgerichtes, das zu mehr Klimaschutz verpflichtet. Die Aktivisten müssten amnestiert und vor jeder Verfolgung geschützt werden – aber da ist von mitregierenden Grünen nicht mehr zu erwarten als von Schwarzen und Braunen.

Gernot Linhart

Warum Kommunisten wählen?



Verfolgt man die Geschehnisse im Bundestag, so kann einen der Eindruck ereilen, es handle sich um eine Comedy-Show: Die bürgerlichen Parteien buhlen um die Gunst der Wirtschaft. Lügen, Bestechungen und Täuschungen gehören zum "Spiel". Viele gehen nicht mehr wählen oder rufen gar zum Boykott der Wahlen auf. Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl lag in den letzten Jahren meist unter 76%.

Dennoch: In den Zeiten der Vorwahlzeit wird viel diskutiert. Beim Feierabendbier lässt man sich mit den Kollegen darüber aus, dass die Politik ohnehin alles in den Sand setze. Oftmals fehlt jedoch bei diesen Gesprächen eine linke Kraft, die einen Klassenstandpunkt mit in die Politiklandschaft bringen könnte. Eine solche Kraft ist die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die auch in diesem Jahr zur Bundestagswahl antritt. In Städten wie Gießen oder Bottrop unterstützt die DKP immer wieder erfolgreich Bürgerinitiativen und Proteste zu allen möglichen Belangen der

Bevölkerung.

Auch auf bundesweiter Ebene unterscheidet sich die DKP in entscheidenden Punkten von anderen Parteien. Sie ist eine der wenigen Parteien, die sich entschieden ge-



gen jeden Krieg wenden. Grüne oder SPD geben sich zwar gelegentlich als Friedensparteien aus, stimmten in der Vergangenheit aber Kriegseinsätzen oder Waffenexporten zu. Die DKP ist die einzige

Partei, die das System Kapitalismus ablösen will und nicht glaubt, diesen verschönern zu können.

Für uns bedeutet die Wahl der DKP die Wahl für den Weg des Widerstands!

Wir Kommunisten sind überzeugt, dass sich der Kapitalismus nicht allein durch Wahlen in der repräsentativen Demokratie überwinden lässt. Zu tief sind die Verstrickungen der Banken und Konzerne mit dem Staatsapparat, als dass sich echte Veränderung ohne revolutionäre Neuordnung der Gesellschaft verwirklichen ließe. Die Befreiung der Arbeiter von den Ketten des Kapitalismus kann nur das Werk der Arbeiter sein!

Erfolgreicher Widerstand gegen dieses System braucht eine breite Bewegung in der Bevölkerung. Wir müssen für unsere Belange auf die Straße gehen und in Betrieben und Universitäten für unsere Zukunft streiken und kämpfen.

Max von der SDAJ



„Garten“stadt Gießen: mit Prüfantrag gegen Wasserpest

Martina Lennartz, Stadtverordnete des Bündnisses „Gießener Linke“, stellte im Stadtparlament einen Antrag zum Schwanenteich im Landschaftsschutzgebiet. Die detailreichen Ausführungen hatten das Ziel die seit Jahren massiver auftretenden Wasserpest und Blaualgen in den Griff zu bekommen. Bis jetzt fiel den Verantwortlichen nur ein, die grüne Wasserpest mit Rechenbooten aus dem Teich zu holen. Aber an jeder natürlichen Bruchstelle entstehen dabei sofort neue Triebe mit einer Vielzahl von Sprossen. Man müsste also ständig Rechenboote einsetzen. Das wäre eine aufwendige und teure Sanierung.

Mithilfe von Licht, Kohlenstoffdioxid und Nährsalzen (Phosphat, Nitrat,

etc.) wächst die Wasserpflanze besonders explosiv in langsam fließenden Gewässern. Deswegen ist auch der Jahre lange Plan von Dezernentin Weigel-Greulich („die mit der Kettensäge“) widersinnig, die Uferbeschattung durch Abholzung zu zerstören. Wir erinnern auch daran, dass während der Bauarbeiten für die Landesgartenschau versprochen wurde, die Fließgeschwindigkeit im Schwanenteich werde sich durch den Abbruch der „Hochzeitsbrücke“ verbessern. Das entsprach nicht den Tatsachen, sondern sollte uns Gießenern nur eine neue Landesgartenschau-Betonbrücke schmackhaft machen.

Der Antrag von Martina Lennartz (DKP) hatte zum Ziel, dauerhaft

eine Lösung für ein Problem zu finden, das Jahre lang von den Verantwortlichen für das Gartenamt vor sich her geschoben wurde, wie bei der Sanierung des Wegs zwischen Schwanenteich und Wieseck. Entsprechend der positiven Erfahrungen von Karlshafen sollte der Uferbewuchs mit Sumpfpflanzen so ergänzt werden, damit das Nährstoff-Ungleichgewicht ins Lot kommt. Aus dem regelrechten Antrag machte die neue Mehrheit im Stadtparlament einen „Prüfantrag“. Bei dieser Sorte Anträge wird meistens bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag geprüft und es endet im Nichts.

Das „Gießener Echo“ wird am Thema dran bleiben.

M. Berger

Von Frieden und Krieg

Mit den erneuten Angriffen auf Gaza ist der "Nahost-Konflikt" wieder in aller Munde. Der deutsche Staat hat seine Raison der bedingungslosen Solidarität mit Israel zur zivilen Pflicht erhoben. Israel wird mit dem Judentum und Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt. Da delegitimiert Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand. Die 25% der in Israel lebenden Bevölkerung, die nicht dem jüdischen Glauben angehören, werden verschwiegen, Juden und Jüdinnen die gegen den israelischen Staat kämpfen als "sich selbst hassende Juden" verunglimpft.

Diese autoritäre Politik des mundtot Machens gipfelte jüngst in dem Verbot verschiedener Demonstrationen zum Tag der *Nakba* (Katastrophe), wie die Staatsgründung Israels im arabischen Raum genannt wird, da sie die Vertreibung von mehr als 700.000 Palästinenser:innen zur Folge hatte. Dass Zionist:innen nicht müde werden, zu sagen, Israel sei DER Staat DER Juden, schürt tatsächlich Antisemitismus, da einige der Lüge glauben und die reaktionäre Politik Israels mit Juden und Jüdinnen verknüpfen.

Israel betreibt völkerrechts-

widrigen Landraub und Vertreibung in der Westbank. Wie z.B. die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem herausstellt, herrscht in Israel ein Apartheidsystem. Die Bombardierung von besetztem Gebiet (Gaza, Westbank) ist ein Kriegsverbrechen und ein bewaffneter Widerstand gegen Besatzung, Vertreibung und Kolonialisierung hat laut UN-Resolution grundsätzlich völkerrechtliche Legitimität. Israel kann so kein Schutzraum für Juden und Jüdinnen werden, denn im Kolonialismus kann kein Frieden gedeihen.

Wer gegen Kolonialismus, Antisemitismus und jede Form der Unterdrückung ist, muss sich auch gegen den Zionismus und für ein sozialistisches Palästina einsetzen, in dem alle friedlich ihr Leben gestalten.

Eine von vielen Möglichkeiten sich hier in Deutschland dafür einzusetzen, ist der Gruppe *Free Palestine FFM* eine kleine Spende für eine Veranstaltungsanlage zu überweisen. (Paypal an freepalestine-ffm@web.de; Zweck „Freunde für Freunde“)

Lorenz Küstner

Westliche Werte

US-Präsident Biden hat den russischen Präsidenten Putin einen „Killer“ genannt, die Medien wiederholen das regelmäßig. Weltweit ist ein Foto bekannt, das zeigt, wie Biden im Kreise seiner Mitregierenden fasziniert dem live übertragenen Auftragsmord an Bin Laden zusieht. Jede Woche unterschreibt er, wie seine Vorgänger, eine Liste mit den Namen von Personen, die mittels Drohnen getötet werden sollen. Fast immer sterben dabei Unbeteiligte, die zufällig in der Nähe sind.

Verbündete der USA, wie Saudi Arabien, können es sich allerdings leisten, in ihrer Botschaft missliebige Journalisten zerstückeln zu lassen, ohne, dass dies ernsthafte Konsequenzen hat. Wo sitzen also die wirklichen Killer?

Gernot Linhart



Im Mai 2011 schauten Joe Biden und Barack Obama im Weißen Haus live dabei zu, wie Osama bin Laden hingerichtet wurde.

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

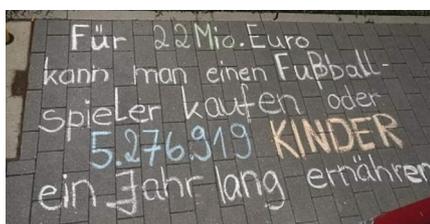
Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt
Kämpfen et...

Drei Wochen gratis.
Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Pressemitteilung der DKP zum Koalitionsvertrag Grüne / SPD / Gießener Linke

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung diskutierte die Gießener DKP die Beteiligung der Gießener Linken an einer Koalition und den Koalitionsvertrag. Fraktionsvorsitzender Ali Al Dailami erläuterte den Inhalt des Vertrages.



Einige Punkte des Vertrages wie die geplante Bezahlung der Busfahrer nach dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes, der Bau von mehr Sozialwohnungen und der Stopp von Stromsperrungen durch die Stadtwerke fanden völlige Zustimmung. Kritisiert wurde, dass die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eine zu geringe Rolle spielen. Bedenken verursachte außerdem die Tatsache, dass alle Vorhaben unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit stehen. Einigkeit bestand darüber, dass viele positive

Pläne nur durchgesetzt werden können, wenn die Bürger den Magistrat immer wieder unter Druck setzen. Die DKP wird mit ihrem monatlich erscheinenden Gießener Echo dazu beitragen. Abschließend wurde der Koalitionsvertrag von allen anwesenden Mitgliedern akzeptiert und der Stadtverordneten Martina Lennartz alles Gute für ihre neue Rolle im Stadtparlament gewünscht – auf die Unterstützung durch ihre Partei kann sie sich verlassen.

Kreisvorstand DKP Gießen

RotFuchs

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Wir – Journalisten und Fachleute vieler Bereiche – bringen den „RotFuchs“ als Monatszeitschrift mit 32 Seiten heraus. Sie erscheint seit Februar 1998 in Berlin und ist heute die auflagenstärkste marxistische Monatszeitschrift in deutscher Sprache.

Wir sind so altmodisch, dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin in Theorie und Praxis die Treue zu halten. Uns geht es um eine soziale Ordnung, die nur im Ergebnis unablässiger Klassen- und Massenkämpfe er-



stritten werden kann. Ihre Voraussetzungen sind die politische Macht der durch das Kapital Ausgebeuteten und das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln.

Der „RotFuchs“, der für konsequenten Antifaschismus eintritt und Neonazismus in jeder Form bekämpft, ist ein von Sponsoren und Organisationen unabhängiges Blatt für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke mit und ohne Parteibuch. Der „RotFuchs“ hat keinen Preis. *Einmal jährlich bitten wir um eine Spende.*

→ **Vertrieb:** Rainer Behr, Postfach 82 02 31, 12504 Berlin

e-mail: vertrieb@rotfuchs.net

Steht zusammen!!!

Wenn man aus der Geschichte eines lernen kann, dann, dass gesellschaftlicher Fortschritt stets von unten, von den Beherrschten gegen die Herrschenden, durchgesetzt wurde. Frauenwahlrecht, Verbot von Kinderarbeit, bezahlter Urlaub oder der 8-Stundentag – alle diese Errungenschaften sind nicht vom Himmel gefallen und schon gar nicht der Gnade eines guten Königs oder einer Kanzlerin geschuldet. Sie wurden gegen deren Widerstand erkämpft. Erst wenn sich die Armen rühren, können die Reichen nicht mehr wie sie wollen.

In allen gesellschaftlichen Konflikten der letzten 200 Jahre standen Kommunistinnen und Kommunisten in vorderster Reihe, egal ob es um Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit oder das Verhindern von Krieg ging.

Heute müssen wir erleben, wie einst errungene Grundrechte eingeschränkt werden, wie Armut sich ausbreitet, das globale Ökosystem kurz vor dem Kollaps steht und dass die Kriegsgefahr so groß ist wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Diese mehr als unerfreulichen

Entwicklungen haben ihre Ursache in der kapitalistischen Wirtschaftsweise, deren heiliges Gebot die Profitmaximierung ist. Diesem wird alles untergeordnet oder gleich ganz geopfert. Es gibt also viele Gründe, sich zu organisieren und gesellschaftlichen Druck aufzubauen, damit sich etwas bewegt. Es kommt auf uns alle an.

Macht mit in Bürgerinitiativen, bei lokalen Friedens- und Frauengruppen, antifaschistischen Bündnissen und tretet in die Gewerkschaften ein!



Grundrecht Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Das Regionalisierungsgesetz der BRD vom 27. Dez. 1993 definiert die Sicherstellung von Verkehrsleistungen im ÖPNV als eine Aufgabe der grundgesetzlich verankerten Daseinsvorsorge.

Bei Fragen der Migration wird die Integration gefördert. Für Arme und Ältere soll die Mobilität gesichert werden. Die Nutzung wäre auch ökologisch sinnvoll und könnte PKWs überflüssig machen. So kann der Ausstoß von CO₂ und Schadstoffen minimiert werden. Die Nutzung von E-Autos ist ökologisch fragwürdig, da Kinderarbeit, der Abbau von Lithium und Kobalt dadurch zur Zeit befördert werden.

Die DKP fordert die kostenlose Nutzung des ÖPNV, die Finanzierung ist durch Bund und Länder abzusichern. Er muss zum gesellschaftlichen Eigentum bei demokratischer Kontrolle werden.

Uwe Moldenhauer

Termine

03.07.2021 ab 11:00 Uhr:

Kundgebung zum 50.
Geburtstag von Julian Assange,
Hiroshimaplatz (Katharinenplatz)

10.07.2021 ab 10:30 Uhr:

Infostand der DKP Gießen,
Kreuzplatz / Kugelbrunnen
und Nordstadtzentrum

15.07.2021 um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen,
Büro der Linken, Marktplatz 2

Jeden Montag um 18 Uhr:

Protest gegen Hartz IV
bei den 3 Schwätzern

Schon vormerken!

11.09.2021 ab 15 Uhr

Revolutionäres Sommerfest der
DKP Hessen in der
Nähe von Buseck
"Mit den **Roten** im
Grünen feiern"



Für mehr Informationen bitte
Email an giessen@dkp.de

**Redaktionsschluss für das
August-Echo: Mi., 21. Juli**



**Neu auf YouTube -
DKP Gießen**

Kundgebung von DKP und
SDAJ zum 80. Jahrestag des
Überfalls der Faschisten auf die
Sowjetunion am 19. Juni 2021
im Treptower Park Berlin



[https://youtu.be/
OXe2fNIY_ok](https://youtu.be/OXe2fNIY_ok)



**UZ Probe-Abo [6 Wochen]
Das 6-Wochen-Probe-Abo zum
Kennenlernen!**

Die Print- und Online-Ausgabe
gratis.

Das Abo endet natürlich
automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/UZ-ABO>

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor 50 Jahren prangerten wir unter dem Titel „Knochenmühle Bänninger“ die dortigen Arbeitsbedingungen an. In diesem Gießener Metallbetrieb führte ein „Stufenakkord“ dazu, dass mit zunehmender Akkordleistung der Lohnzuwachs schrumpfte. Hinzu kam, dass die zu erbringenden Mengen von Jahr zu Jahr stiegen. Der damals große Betrieb verkümmerte und wanderte schließlich in den Landkreis ab.

Vor 40 Jahren konnten wir übereine sehr erfolgreiche Antimilitarismus-Woche berichten. Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion in der mit 800 Teilnehmern vollbesetzten Kongresshalle.

Vor 30 Jahren begann der Abzug der US-Army aus Gießen. Wir deckten auf, dass die Soldaten auf der Hohen Warte eine mit Giftstoffen verseuchte Deponie zurückließen. Eigentlich durfte dort nur Hausmüll abgelagert werden.

Vor 25 Jahren berichteten wir mal

wieder über Kürzungen an Universität und Uniklinik. Ganze Studiengänge wurden gestrichen und die Zahl der Medizinstudienplätze von 409 auf 250 verringert.

Vor 20 Jahren protestierten bundesweit Zigtausende gegen einen brutalen Polizeieinsatz beim G8-Gipfel in Genua, bei dem der 23-jährige Carlo Giuliani erschossen wurde. Auch in Gießen protestierten etwa 80 Personen im Seltersweg.

Vor 10 Jahren lud die NPD zu einem Nazi-Aufmarsch in Gießen ein. In der Stadt gab es zwei Bündnisse dagegen. „GI bleibt bunt“ wollte nur bunt protestieren, „Gießen Nazi-frei“ strebte eine Verhinderung des Aufmarsches an. OB Grabe-Bolz und die SPD lehnten einen Verbotsantrag ab. Unter mächtigem Polizeischutz und bei starker Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Gießener Bürger marschierten die martialisch auftretenden Nazis durch die Stadt.

Gernot Linhart

Lösung des Juni-Kreuzworträtsels: Historischer Optimismus

Gießener Echo

**Bitte die Abogebühren
bezahlen und spenden!**

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP
Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart,
erscheint monatlich. Bezugsge-
bühren: 30 Euro im Jahr (inkl.
Versandkosten).

Konto: IBAN:
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Druck: Gründrucken
Gießen

Namentlich gezeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Mei-
nung des Redaktionskollektivs
des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Leserbriefe,
Anfragen an:

Gießener Echo,
Postfach 110340,
35348 Gießen,

E-Mail: giessen@dkp.de

Im Internet: www.giessen.dkp.de